

Antrag an die 78. Landesschüler*innenkonferenz

Antrag GSP1 (an das Grundsatzprogramm)

Antragsteller: David Richter

Betreff: Austausch mit politischen Organisationen

Antragstext:

Die Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz soll keinen Kontakt zu Parteien oder parteipolitischen Verbänden suchen oder unterhalten, deren Organisation oder einzelne Organe (beispielsweise Jugendverbände, „Flügel“ etc.) unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen.

Antragsbegründung:

Eine der höchsten Forderungen der Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz ist die nach mehr Demokratie in allen Lebensbereichen, vor allem in der Schule und im politischen Mitbestimmungsrecht (siehe Forderungen zu Wahlalter 0, größeres Mitbestimmungsrecht der Schüler*innen in Schulsystem etc.). Parteien und parteipolitische Verbände, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, stellen sich ganz klar gegen die grundlegende demokratische Wertegemeinschaft und es sollte deshalb kein Austausch mit diesen Organisationen stattfinden, da dies einen Verrat an unseren Grundsätzen darstellt.